

Die EU-Organe und ausländische Einmischung¹

ABRISS

In dieser von der Fachabteilung Bürgerrechte und konstitutionelle Angelegenheiten des Europäischen Parlaments auf Ersuchen des AFCO-Ausschusses in Auftrag gegebenen Studie werden die Maßnahmen, mit denen die EU ausländischer Einmischung begegnet, bewertet. Insbesondere wird auf die Wirksamkeit dieser Maßnahmen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 und während der COVID-19-Krise sowie auf die Problematik ausländischer Spenden an europäische Parteien eingegangen. Zum Schluss werden spezifische Empfehlungen für politische Maßnahmen gegeben, um die Reaktion der EU noch wirksamer zu gestalten.

Ausländische Einmischung stellt für demokratische Regierungen und Gesellschaften eine große Herausforderung dar. Die US-Präsidentenwahlen 2016, das Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union 2016 sowie die französischen Präsidentenwahlen 2017 sind weithin bekannte Beispiele für einen allgemeinen und gefährlichen Trend. Während ausländische Einmischung, d. h. in unterschiedlicher Form von bzw. im Namen von ausländischen Akteuren ausgeübte Tätigkeiten mit dem Ziel der Untergrabung der Interessen eines anderen Landes, nichts Neues ist, bieten das Internet und die sozialen Medien einen neuen, fruchtbaren Boden für diese Art der Einflussnahme. Soziale Plattformen werden von Ländern wie China oder Russland – insbesondere im Vorfeld von Wahlen – effektiv für groß angelegte Desinformationskampagnen genutzt. Die sozialen Medien bieten ihnen dabei die Möglichkeit, ihr Handeln hinter automatisierten Accounts oder Bots zu verbergen.

Desinformationskampagnen – und „Narrative Warfare“ („narrative Kriegsführung“) im Allgemeinen – werden sowohl in den USA als auch in Europa weithin als eine Bedrohung für freie und gerechte Wahlen wahrgenommen. So ging beispielsweise aus einer „Eurobarometer Spezial“-Umfrage zum Thema „Demokratie und Wahlen“ hervor, dass eine große Mehrheit der Internetnutzer in der EU besorgt oder sogar sehr besorgt ist, was Desinformation, Falschinformation, Mikrotargeting und politische Werbung angeht. Gleichzeitig zeigte dieselbe Umfrage jedoch auch, dass Einschränkungen und Zensuren bei politischen Debatten im Vorfeld von Wahlen einer Mehrheit der Befragten Sorgen bereiten. Dies verdeutlicht das Spannungsfeld zwischen dem Schutz von Wahlen vor Desinformation einerseits und der Gefahr einer Einschränkung von Meinungsfreiheit und Medienpluralismus andererseits. Dementsprechend besteht die Schwierigkeit für politische Entscheidungsträger und Behörden darin, hier einen Mittelweg zu finden.

Desinformation ist eine viel genutzte, jedoch nicht die einzige Form ausländischer Einmischung. Die

¹ Volltext der Studie in englischer Sprache abrufbar unter:

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/655290/IPOL_STU\(2020\)655290_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2020/655290/IPOL_STU(2020)655290_EN.pdf)



Finanzierung von Parteien oder von politischen Kampagnen durch ausländische Staaten stellt einen weiteren potenziellen Störfaktor für Demokratien dar. Auch hier lassen sich zahlreiche Beispiele für – hauptsächlich rechtsextreme populistische – Parteien anführen, die durch Gelder aus dem Ausland unterstützt werden. Von der Organisation der „Leave.EU“-Kampagne beim Brexit-Referendum bis hin zur Lega in Italien: Hier sind mutmaßlich Gelder aus dem Ausland geflossen, wobei man sich Grauzonen der nationalen Gesetzgebung zur Parteienfinanzierung zunutze machte. Eine in letzter Zeit – selbst in Ländern mit eher liberalen Gesetzen zur Parteienfinanzierung – zu beobachtende Entwicklung ist die Tendenz zur stärkeren Regulierung und zur Einschränkung bzw. zum Verbot von Zuwendungen aus dem Ausland.

Die EU hat ihre Maßnahmen und Instrumente zur Bekämpfung ausländischer Einmischung erheblich ausgebaut. Als sich Russland im Jahr 2014 gegenüber der Ukraine und der Region im Osten immer aggressiver zeigte, intensivierte die EU ihre Anstrengungen zur Bekämpfung von hybriden Bedrohungen, von Desinformation und von Einmischung in Wahlen. Der Schutz der Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 – die mit dem Aufkommen von euroskeptischen und gegen die EU gerichteten Kräften unter für die EU ohnehin schwierigen Bedingungen stattfanden – war von zentraler Bedeutung und es wurden verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Koordination mit den Mitgliedstaaten und der Zusammenarbeit mit der NATO ergriffen.

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie hat eindrücklich gezeigt, wie wichtig eine wirksame und schnelle Reaktion der EU auf Narrative Warfare und alternative Informationskampagnen ist, die von Ländern wie Russland und China mit dem Ziel geführt werden, das Vertrauen der europäischen Bürgerinnen und Bürger in ihre demokratischen Systeme und in die EU zu untergraben.

Ziel

Ziel der Studie ist die Bereitstellung von Hintergrundinformationen, die Darstellung der Reaktionen seitens der Organe und der Politik und die Bewertung der Wirksamkeit der Maßnahmen und Instrumente zur Bekämpfung ausländischer Einmischung in die EU.

In den Kapiteln 1 und 2 wird auf den Begriff der ausländischen Einmischung und ihre Folgen für die demokratischen Prozesse eingegangen. Ferner werden in Vorbereitung auf die darauf folgenden empirischen Kapitel die von der EU ergriffenen Maßnahmen beschrieben. In Kapitel 1 der Studie wird der allgemeine Hintergrund dargelegt, um ein Verständnis von der Natur und den unterschiedlichen Arten ausländischer Einmischung und den für liberale Demokratien damit einhergehenden Herausforderungen zu entwickeln. Besonderes Augenmerk gilt dabei Russland und der hybriden Kriegsführung. Zudem wird auf die Strategien internationaler Organisationen und anderer demokratischer Staaten zur Bekämpfung ausländischer Einmischung eingegangen.

In Kapitel 2 werden die strategischen Positionen und Maßnahmen der EU-Organe – des Europäischen Rats, des Rats der Europäischen Union, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments – zur Abwehr ausländischer Einmischung dargestellt. Der analytische Schwerpunkt liegt dabei auf hybriden Bedrohungen, Desinformation und strategischer Kommunikation. Ferner werden die derzeitige Agenda und die Reformen auf Grundlage der strategischen Agenda der von der Leyen-Kommission und der Entschließung des EP zu ausländischer Einmischung aus dem Jahr 2019 ausführlich beschrieben.

In den Kapiteln 3 und 4 wird die Fähigkeit der EU zur Bekämpfung von ausländischer Einmischung und insbesondere von Desinformation anhand zweier kritischer Fälle empirisch bewertet. In Kapitel 3 wird auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 eingegangen. Es enthält eine eingehende Analyse des Wahlpakets der Europäischen Kommission, des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation, der Überwachungstätigkeit und der Kommunikationsstrategie der StratCom Task Forces sowie des neuen Kooperationsnetzes für Wahlen. Gestützt auf unterschiedliche Quellen – Berichte der EU-Organe, Think-Tanks

und wissenschaftliche Studien – soll in diesem Kapitel die Wirksamkeit dieser Instrumente im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 bewertet werden.

Kapitel 4 befasst sich mit dem aktuellen Fall der COVID-19-Pandemie. Basierend auf Berichten des EUvsDisinfo-Projekts der EU East StratCom Task Force und anderen unabhängigen Quellen werden in diesem Kapitel die vom Ausland oder von ausländischen Akteuren verbreiteten Meldungen dargelegt. Ferner enthält das Kapitel eine Analyse und eine Vorab-Bewertung der von der EU ergriffenen Maßnahmen.

In Kapitel 5 geht es dann um Parteien und ausländische Einmischung. Es enthält Hintergrundinformationen zu Fällen aus der jüngeren Zeit, in denen für Parteien oder für die Organisation von Kampagnen Gelder aus dem Ausland zur Verfügung gestellt wurden. Zudem werden die nationalen Vorschriften zur Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit ausländischen Spenden erörtert. Zum Schluss richtet sich der Blick wieder auf die EU, genauer auf die jüngsten Reformen der Vorschriften zur Satzung und Finanzierung von Parteien.

Kapitel 6 schließt mit spezifischen, sich aus der Analyse ergebenden Empfehlungen für politische Maßnahmen. Eine wirksame Strategie zur Bekämpfung ausländischer Einmischung sollte umfassend sein und der Schwerpunkt sollte auf strategischer Kommunikation, Maßnahmen der Organe sowie auf sozialer Entwicklung liegen. Private und öffentliche, wirtschaftliche, politische, soziale, nationale, subnationale und internationale Akteure sollten eingebunden werden und zur erfolgreichen Umsetzung der Strategie beitragen.

Haftungsausschluss und Copyright: Die hier vertretenen Auffassungen geben die Meinung des Verfassers wieder und entsprechen nicht unbedingt dem Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe sind gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2020.

Externe Autoren: Edoardo BRESSANELLI, Sant’Anna School of Advanced Studies, Pisa (Projektleiter); Anna DI PALMA, Sant’Anna School of Advanced Studies, Pisa; Gaetano INGLESE, Sant’Anna School of Advanced Studies, Pisa; Sofia MARINI, Sant’Anna School of Advanced Studies, Pisa; Eric REPETTO, Sant’Anna School of Advanced Studies, Pisa

Für Forschung zuständiger Verwaltungsrat: Alessandro DAVOLI Editionsassistenz: Ginka TSONEVA

Kontakt: poldep-citizens@europarl.europa.eu

Dieses Dokument ist im Internet unter folgender Adresse abrufbar: www.europarl.europa.eu/supporting-analyses

PE 655.290

IP/C/AFCO/IC/2020-035

Print ISBN 978-92-846-7036-9 | doi:10.2861/ 843713 | QA-02-20-648-DE-C

PDF ISBN 978-92-846-7038-3 | doi:10.2861/ 104563 | QA-02-20-648-DE-N